

# Einwohnerrat Pratteln

## Votenprotokoll Nr. 404

### Einwohnerratssitzung vom Montag, 28. März 2011, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

---

|                       |   |
|-----------------------|---|
| Anwesend              | 37/36 Personen des Einwohnerrates<br>7 Personen des Gemeinderates   |
| Abwesend entschuldigt | Einwohnerrat: Dominique Häring (anwesend bis 22.00 Uhr),<br>Dominik Holenstein, Benedikt Schmidt, Fredi Wiesner<br>Gemeinderat: - |
| Vorsitz               | Dieter Stohler, Präsident   |
| Protokoll             | Joachim Maass   |
| Weibeldienst          | Martin Suter  |

---

### Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Information über den Stand der Quartierentwicklung Längi durch den Projektleiter Marcel Schaub (ca. 20 Minuten)
2. Bericht der Spezialkommission zur Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates - 2. Lesung 2529
3. Vertrag zwischen der einfachen Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt und der Einwohnergemeinde Binningen betreffend Schiessrecht - Vertragsanpassungen 2710
4. Vertrag über die Führung einer Kreismusikschule (KMS) 2711
5. Teilrevision Reglement über die Unterstützung der politischen Parteien bei Wahlen und Abstimmungen - 1. Lesung 2713
6. Beantwortung Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betr. „Fussgänger- und Velo-Unterführung Fröschmatt“ 2606
7. Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werner Graber, betreffend "Velo-/Fussgängerunterführungen und SBB-Ausbaupläne" 2700
8. Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Wünschenswerte Parkplatz-Verhältnisse vor Alte Dorfturnhalle (ADH) und den Gewerbeliegenschaften an der Schloss-Strasse!" 2632
9. Beantwortung Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Mitwirkung in der Ferienzeit" 2684
10. Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Roger Schneider, betreffend "Für attraktive Freiräume" 2706

- |     |   |      |
|-----|---|------|
| 11. | Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Fremdnutzung von Parkplätzen"   | 2707 |
| 12. | Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend "Standardisierte und aussagekräftige Bau- und Sondervorlagen"  | 2708 |
| 13. | Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "LED-Strassenbeleuchtung und Signalisationen"  | 2709 |
| 14. | Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend Überschreitung der Grenzwerte von perfluorierten Tensiden im Trinkwasser                                | 2705 |
| 15. | <del>Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Reduktion des Erdöl-Verbrauchs der Einwohnergemeinde"</del><br>Wird an einer späteren Sitzung behandelt | 2712 |
| 16. | Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Roland Kuny, betreffend "Werterhaltung in der Strasseninfrastruktur"  | 2672 |
| 17. | Fragestunde (nach der Pause)  |      |

**Dieter Stohler als Präsident des Einwohnerrates:** Ich eröffne die 404. Sitzung des Prattler Einwohnerrates, begrüsse die Mitglieder des Einwohnerrates, den Gemeinderat, die Medienvertreter und richte ein herzliches Willkommen an alle Gäste, insbesondere an den Referenten des ersten Traktandums, Herrn M. Schaub, Abteilungsleiter Dienste/Sicherheit.

Nach den gestrigen Landratswahlen möchte ich allen Gewählten aus Pratteln herzlich gratulieren, insbesondere dem heute anwesenden Einwohnerrat Urs Hess und Gemeinderat Ruedi Brassel. Bei den Nichtgewählten, und dazu zähle auch ich, bin ich überzeugt, dass sie als echte Demokraten das Verdikt des Volkes akzeptieren, auch wenn es manchmal weh tut und viele Arbeiten zu Gunsten unserer Gesellschaft nicht immer mit einem adäquaten Lohn honoriert werden. Ich ermuntere Alle, nicht aufzugeben und sich weiterhin für die Belange unserer Gesellschaft zu engagieren und danke dafür herzlich.

**Präsenz:**

Entschuldigt sind Benedikt Schmidt, Dominik Holenstein und Fredi Wiesner. Es sind 37 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr beträgt 25 Stimmen.

**Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten Dieter Stohler:**

Die heutige **Traktandenliste** ist reich befrachtet und dazu kommt noch ein Dringliches Postulat. Gewisse Geschäfte sind bereits zum 2. Mal und einige zum 3. Mal traktandiert. Das Büro befürwortet für heute Abend eine Sitzungsdauer bis 22.30 Uhr, sofern wir nicht einen Grossteil der Geschäfte abarbeiten können. Ich bin zuversichtlich, dass wir heute einige Geschäfte erledigen können, insbesondere, wenn man sich im Votum klar und kurz zur Sache hält und auf Wiederholungen verzichtet, wie es auch im Geschäftsreglement des Einwohnerrates steht.

**Behördenportal:** Per Ende März 2011 wird die Gemeindeverwaltung das sog. Behördenportal als Teil der Homepage der Gemeinde Pratteln aufschalten. Dies bedeutet, dass die Geschäfte des Einwohnerrates in elektronischer Form abrufbar sind, auch die neu eingereichten Vorstösse und die Fragen zur Fragestunde. Man kann auch politische

Geschäfte auch abonnieren und als Bürger ein Benutzerkonto einrichten. Sie als Mitglieder des Einwohnerrates haben auf ihrem Pult ein Handout zur Benützung des Behördenportals. Als Präsident des Einwohnerrates konnte ich die neuen Möglichkeiten, vom Gemeindeverwalter am 24. Februar persönlich instruiert, ausprobieren. Es handelt sich um einen neuen Meilenstein in der Verbreitung der Geschäfte des Einwohnerrates und eine wesentliche Erweiterung der Arbeit als Mitglied des Einwohnerrates. Ich finde es eine gute Sache im Sinn des Öffentlichkeitsprinzips und der Transparenz und die heutigen technischen Möglichkeiten werden hiermit genützt, wie es andere Gemeinwesen bereits praktizieren. Ich danke der Gemeindeverwaltung für diese Arbeit und lade ein, das Portal entsprechend zu nutzen.

#### **Neue parlamentarische Vorstösse:**

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Prätteln, Stephan Ackermann, betreffend "Trinationaler Atom-Schutzverband (TRAS) vom 21. März 2011
- Interpellation der SP-Fraktion, Rös Graf, betreffend "Atomstromfreie Energie" vom 24. März 2011
- Interpellation der SP-Fraktion, Rös Graf, betreffend "Evakuierungspläne" vom 24. März 2011
- Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend "Energiestadt Prätteln, Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs" vom 28. März 2011
- Interpellation der Unabhängigen Prätteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Basellandschaftliche Pensionskasse in Unterdeckung" vom 28. März 2011
- Dringliches Postulat der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend "Beitritt zum TRAS (Trinationaler Atomschutzverband)" vom 28. März 2011

#### **Geschäftsverzeichnis:**

Einwohnerrat Benedikt Schmidt ist heute abwesend und daher beantragt die Fraktion der Unabhängigen, Traktandum 15 von der Traktandenliste zu streichen. Der Rat stimmt diesem Antrag stillschweigend zu. Geschäft Nr. 14, das auch Benedikt Schmidt betrifft, wird auf der Traktandenliste belassen.

Weiter wird das Geschäftsverzeichnis so bereinigt, dass zuerst über die Dringlichkeit des Dringlichen Postulates der SP-Fraktion im Anschluss an Trakt. 1 diskutiert wird, bei Zustimmung der Dringlichkeit behandelt und später darüber abgestimmt wird, ob es überwiesen wird.

**Christoph Zwahlen beantragt**, Traktandum 6 und 7 zu tauschen, wie es letztes Mal auf der Traktandenliste war.

://: Der Rat stimmt mit 14 Ja zu 12 Nein dem Tausch der Traktanden 6 und 7 zu.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach der bereinigten Traktandenliste verfahren.

---

## Information über den Stand der Quartierentwicklung Längi durch den Projektleiter Marcel Schaub

**Marcel Schaub** informiert der Einwohnerrat über die Quartierentwicklung Längi mit einer PowerPoint-Präsentation und mündlichen Informationen. Dies wird mit Applaus bedacht.

**Dieter Stohler:** Ein Applaus im Einwohnerrat ist sehr selten und sie haben damit gezeigt, dass das Reporting über dieses Projekt sehr gut angekommen ist. Wir danken auch, dass wir schriftliche Unterlagen haben. Herr Schaub hat auch gesagt, dass man ihn bei Fragen ohne weiteres auf der Gemeindeverwaltung anrufen, eine Mail schicken oder sonst wie eine Auskunft verlangen kann. Ich wünsche dem Projekt alles Gute und hoffe, dass das Projekt so gut weitergeht.

Die vollständige Präsentation ist auf der Homepage der Gemeinde Pratteln unter Politik/Einwohnerrat/Sitzung vom 28. März 2011 nachzulesen.

---

## Beschlüsse

### **Dringliches Postulat der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend "Beitritt zum TRAS (Trinationaler Atomschutzverband)" vom 28. März 2011**

#### Diskussion zur Dringlichkeit

**Mauro Pavan (Postulant):** Angesichts der aktuellen Ereignisse ist klar, dass wir nicht wissen, welche AKW sicher sind. Wir wissen jedoch, dass die Sicherheit des AKW Fessenheim bestenfalls fragwürdig ist und darum muss schnell etwas passieren. Wir müssen ein Zeichen setzen und ein Beitritt zum TRAS ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Beitritt sollte sofort passieren und nicht erst in 1 oder 2 Monaten beraten werden und darum die Dringlichkeit des Postulates. Ich hoffe, dass ihr der Dringlichkeit und natürlich nachher auch der Überweisung zustimmt und dass der Gemeinderat bereit ist, dieses entgegen zu nehmen.

**Urs Hess:** Es handelt sich nicht um ein dringliches Postulat und daher kann man es auf dem normalen Weg behandeln und ich bitte daher, die Dringlichkeit abzulehnen.

#### Abstimmung zur Dringlichkeit

://: Der Rat lehnt mit 15 Ja zu 20 Nein (Zweidrittelsmehr = 24) die Dringlichkeit des Postulates ab.

**Dieter Stohler:** Damit ist dieses Traktandum für heute erledigt. Es liegen 2 praktisch gleichlautende politische Vorstösse zum TRAS vor. Vielleicht lässt sich der eine politische Vorstoss zurückziehen, dies verhilft zu einer besseren Behandlung

---

## Geschäft Nr. 2529

## Bericht der Spezialkommission zur Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates - 2. Lesung

### Aktenhinweis

- Bericht der Spezialkommission „Archivierung vom Kommissionsakten“ (Archivierungskommission)
- Vorlage für die 2. Lesung mit den integrierten Änderungen der 1. Lesung

**Urs Schneider als Kommissionspräsident:** Die Kommission hat seit der letzten Sitzung nicht getagt. Vor ihnen liegt ein überarbeitetes Papier, dass in Rot die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen und in blauer Farbe die vom Rat bewilligten Anträge von Bruno Baumann enthält. Ich bitte sie, der Vorlage so zuzustimmen, wie sie hier vorliegt.

### Lesung; gelesen werden die rot gedruckten (= zur Änderung anstehenden) Artikel

**1.9.1 Grundsatz** keine Wortmeldung

**1.9.2 Verfahren**

**Kurt Lanz:** Ich habe schon an der letzten Einwohnerratssitzung darauf aufmerksam gemacht, dass nicht ganz klar ist, wer was von wem einfordert und habe daher, nachdem neu 1.9.5 von Bruno Baumann eingeflossen ist, den Antrag, 2 Worte zu streichen. Es sind dies die Worte „einzufordern sind“. Neu soll der Text heissen: „Sämtliche Kommissionsakten sind vom Kommissionspräsidenten/der Kommissionspräsidentin dem Sekretariat des Einwohnerrates ...“. Was mit den anderen Akten passiert, ist in 1.9.5 geregelt und damit ist der Text klar und eindeutig.

### Abstimmung über den Antrag von Kurt Lanz

://: Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

### Fortsetzung der Lesung

**1.9.3 Zugänglichkeit der Akten**  
**1.9.4.1 Aktenübergabe**  
**1.9.4.2**  
**1.9.5**  
**3.3.1.2.5 Ergänzung des vorhandenen Textes**  
**3.3.1.2.6 Aufhebung**  
Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

### Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates (Ord. Nr. 01.02) wird mit Änderungen verabschiedet.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: **2. Mai 2011.**

**Dieter Stohler:** Somit ist diese Änderung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates abgeschlossen und ich bedanke mich bei der Kommission. Gleichzeitig gilt diese Kommission als aufgelöst.

---

**Geschäft Nr. 2710**                      **Vertrag zwischen der einfachen Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt und der Einwohnergemeinde Binningen betreffend Schiessrecht – Vertragsanpassungen**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 3. Februar 2011

**GR Ruedi Brassel:** Vor uns liegt eine Vorlage, zu der ich mich entschuldige, dass es länger gedauert hat. Diese Vorlage war bereits letztes Jahr in den Gemeinden Muttenz und Birsfelden in den Gemeindeversammlungen. Die einfache Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt, das Konstrukt der Gesellschaft ist kompliziert und kann mit der neuen Regelung etwas vereinfacht werden. Die einfache Gesellschaft hat im Jahr 1999 mit der Gemeinde Muttenz, Birsfelden und Pratteln mit Binningen einen Vertrag über die Benutzung und die Schiessrechte in Pratteln in der Lachmatt durch die Binninger Schützen. Dies passierte seinerzeit den Einwohnerrat und die Binninger haben seinerzeit einen Einstandspreis von CHF 270'000 bezahlt. Mit der Aufnahme der Basler Schützen vor 2 Jahren, die einen relativ tieferen Einstandspreis von CHF 750'000 für eine viel grössere Zahl von Schützen von Basel bezahlt haben, hat sich die Situation für die Binninger Schützen so verändert, dass sie andere Regelungen beantragen. Im alten Vertrag waren sie in Mitwirkungsrechte und Mitwirkungspflichten an gemeinsamen Sitzungen eingebunden. Dies war richtig und hat so lange funktioniert, bis die Basler Schützen da waren und von diesem Zeitpunkt an haben sich die Binninger nicht mehr stark engagiert. Sie haben ihre Beiträge bezahlt, kamen auch zum Schiessen. Die Binninger Schützen möchten eine Vereinfachung des Systems ohne Mitwirkungspflicht, mit einem fixen Betrag pro Jahr von CHF 12'000 und die Schiessmöglichkeiten in der Lachmatt weiter wahr nehmen, aber von den anderen Pflichten wie Mitwirkung entbunden sein. Dies wurde verhandelt und von den anderen 3 Gemeindevertretern so akzeptiert. Die neue Regelung schlägt vor, statt einem Beitrag, der abhängig von der Anzahl der Angehörigen von der Armee ist, einen fixen Betrag, der über dem liegt, was Binningen bis jetzt bezahlt hat, zu leisten. D. h. die Binninger haben eine gewisse Grosszügigkeit gezeigt. Dieser Vertrag bleibt fix, auch wenn wider alle Erwartungen die Anzahl der Angehörigen der Armee in Binningen steigen würde, würden sie nicht mehr bezahlen. Die Tendenz ist jedoch umgekehrt und diese Zahl sinkt kontinuierlich. Binningen verpflichtet sich also, in Zukunft etwas mehr zu bezahlen als bisher und damit von der Mitwirkungspflicht entbunden zu sein. Dies ist der wesentliche Inhalt des Vertrages. Ich bitte um Genehmigung in dieser Form; falls sie Änderungen einbringen wollten, gäbe es ein ziemlich kompliziertes Prozedere um eine sehr kleine Angelegenheit. Es ist für Alle einfacher, wenn diese Struktur in der einfachen Gesellschaft Lachmatt tatsächlich vereinfacht werden kann.

Eintreten wird nicht bestritten und es folgt die Detailberatung

**Roland Kuny:** Die SP-Fraktion hat den Vertrag angeschaut und wir fragen uns bei Punkt 2 „Erteilung eines Benutzungsrechtes“, ob etwas vergessen wurde. Hier wird aus der „Schiessanlage Lachmatt in Muttenz/Pratteln“ neu „Schiessanlage Lachmatt in Muttenz“.

**GR Ruedi Brassel:** Es ist so, dass die Kopfgemeinde dieser einfachen Gesellschaft die Gemeinde Muttenz ist, weil der grösste Teil der Anlage auf ihrem Gebiet liegt. Dies ist also eine Formulierungsfrage; die Anlage wurde nicht ganz nach Muttenz verschoben.

**Mario Puppato:** Bei der FDP waren wir uns schnell einig und wir möchten, dass diese Vereinfachung möglichst schnell über die Bühne geht und haben fast in Rekordzeit gesagt, es ist in Ordnung. Birsfelden hat Ja gesagt, Muttenz hat Ja gesagt und ich hatte selber das zweifelhafte Vergnügen, letztes Jahr sehr viel dort zu sein. Die Administration der Schiessanlage Lachmatt war eine Trauergeschichte und nun scheint alles in Sachen Rechnungswesen geregelt und wir kommen gut voran. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung Vereinfachung. Probleme sehen wir keine und bitten, dieses Traktandum möglichst schnell durch zubringen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Einwohnerrat genehmigt den Vertrag zwischen der einfachen Gesellschaft Schiessanlagen Lachmatt, bestehend aus den Einwohnergemeinden Birsfelden, Muttenz und Pratteln, handelnd gemäss Gesellschaftsvertrag vom 5.11.2008 und der Einwohnergemeinde Binningen betreffend Schiessrecht auf den Schiessanlagen Lachmatt für Binninger Schützen.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: **2. Mai 2011.**

---

**Geschäft Nr. 2711**

**Vertrag über die Führung einer Kreismusikschule (KMS)**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 22. Februar 2011

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Vor ihnen liegt ein längst fälliger Vertrag. Das Bildungsgesetz trat 2003 in Kraft und uns fehlte bisher ein an die neuen Bedingungen angepasster Vertrag. Neu ist alles in einem Vertrag geregelt. Der grösste Teil des für die Führung einer Musikschule Notwendigen ist im Bildungsgesetz geregelt und hier geht darum, wie die 3 beteiligten Gemeinden zusammen arbeiten. Die grösste Änderung ist, dass nun Pratteln federführend ist und die Gemeinden Augst und Giebenach zur Vernehmlassung eingeladen und auch orientiert werden. Neu ist auch, dass über den Musikschulfonds ein Reglement erstellt wird, das den Einwohnerrat passiert, um dem Musikschulrat zu befähigen, über das Geld zu verfügen. Wir hatten den Vertrag schon seit langer Zeit fertig erstellt und den Gemeinde zur Vernehmlassung zugestellt. Die gewünschten Änderungen wurden eingepasst, im Gemeinderat behandelt und nach Liestal zum Rechtsdienst zur Überprüfung geschickt. Von dort aus kam die Mitteilung, es sei eine Benachteiligung der beiden Gemeinden Augst und Giebenach, sie sähen kein Problem in dieser Angelegenheit und wir sollen doch die Gemeinden nach einmal fragen, ob ihnen dies bewusst

ist. Wir haben den Gemeinden dies mitgeteilt und gefragt, ob sie so, wie der Vertrag jetzt ist, leben können und wir erhielten von beiden Gemeinden ein Okay. Aus beiden Verträgen wurde das herausgestrichen, was nicht mehr notwendig ist, weil es nun im Bildungsgesetz geregelt ist und die Federführung neu bei Pratteln liegt. Ich bin froh, wenn sie den Vertrag so genehmigen, denn damit ist ein Problem der Musikschule gelöst.

### Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

#### Eintreten

**Stephan Ackermann:** Frau GR Elisabeth Schiltknecht hat bereits erwähnt, dass mit diesem Vertrag ein Problem angegangen werden kann. Es gibt ja diverse Probleme, hört man sagen oder kann man lesen. Meine Frage: Wird der Einwohnerrat auch über den Stand der Sache informiert? Weiter wurde angesprochen, dass die Gemeinde Pratteln federführend wird oder bleibt. Im § 1 Abs. 3 steht, dass die administrative Führung bei der Gemeinde Pratteln liegen soll. Und diese Führung wird dann im § 11 Abs. 1 wieder an die Schulleitung delegiert, ist dies richtig? Meine Frage ist, wer die Schulleitung kontrolliert, ob es richtig läuft, wer trägt in diesem Fall die politische Verantwortung und wer legt wem Rechenschaft ab? Es sind also 3 Fragen: 1. Wer kontrolliert die Schulleitung 2. Wer trägt die politische Verantwortung? 3. Wer legt wo Rechenschaft ab und wird der Einwohnerrat auch über den externen Bericht der Firma Herzka informiert?

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Der Einwohnerrat wird gegenwärtig nicht über den Stand der in der Musikschule informiert. Wir haben die Analyse gemacht und legen nun das weitere Vorgehen fest. Es ist nicht so, dass primär Einwohnerrat oder Gemeinde informiert werden. Wenn wir wissen, was genau gehen wird, gibt es eine Information; gegenwärtig ist keine Information möglich. Zur administrativen Führung und Schulleitung: Dies sind 2 verschiedene Sachen. Die Schule wird von der Schulleitung geführt und vom Schulrat beaufsichtigt. Im Vertrag wird die ganze administrative Führung geregelt, die Regelung der Finanzströme zwischen den Gemeinden, dass die Rechnungen gezahlt werden, dass Tarife auf Antrag von Schulleitung und Schulrat festgelegt werden und dies hat nichts mit der Schulleitung zu tun. Die Führung und Überwachung der Schule erfolgt durch den Schulrat. Die Gemeinden sind verpflichtet, das Geld für die Schulen zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz schreibt vor, dass die Gemeinden eine Musikschule führen müssen, welche Instrumente und wie viele vorhanden sein müssen und äussert sich zu Kostenbeiträgen der Schüler (nicht mehr als einen Drittel der Gesamtkosten einer Lektion). Weiter ist festgelegt, dass Schüler bis zur Sekundarstufe II in die Musikschule gehen können und die Gemeinden beschliessen lediglich den Tarif. Der Spielraum ist dort ebenfalls relativ klein, weil die Kosten gegeben und in der Region ungefähr gleich sind. Schlussendlich muss der Einwohnerrat Pratteln das Geld für die Lektionen sprechen.

**Stephan Ackermann:** Danke für die Erklärungen. Noch nicht beantwortet ist, wer die politische Verantwortung trägt, wenn etwas nicht so gut läuft. Du hast vorhin gesagt, man kann den Einwohnerrat nicht näher informieren, gleichzeitig spricht der Einwohnerrat die Gelder und daher will ich wissen, für was und in welche Richtung geht es weiter. Also „Wer trägt die politische Verantwortung und wer legt wo Rechenschaft ab?“ Wenn schlussendlich für die administrative Führung die Schulleitung zuständig ist, respektive der Schulrat kontrolliert, wer steht schlussendlich dort, wer kontrolliert die Arbeit des Schulrates?

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Wenn es um Administration und Rechnungsführung geht: Die Schulleitung ist für Betriebsführung bzw. Leitung der Schule verantwortlich. Rechnung und Budget werden dem Schulrat vorgelegt und entsprechend weiter an den Gemeinderat. Die politische Verantwortung für das, was in der Schule läuft, ob sie gut funktioniert und die richtigen Leute am richtigen Platz sind, ist Aufgabe des Schulrates und

dieser ist zuständig für die Führung der Schule. Gemeinde bzw. Einwohnerrat stellen das Geld zur Verfügung. Musikschullehrer unterstehen wie überall der Schule und der entsprechenden Gesetzgebung. Der Gemeinderat kann dem Schulrat nicht dreinreden und der Schulrat ist bemüht, eine Schule zu haben, die die Anforderungen des Gesetzes erfüllt, dass Alle in die Schule gehen, dass das Angebot vorhanden ist, das wir haben müssen, dass das Gesetz eingehalten wird. Es ist nicht hier innen, wo darüber verhandelt wird. Die Problematik der Musikschule muss im Musikschulrat gelöst werden, es handelt sich vor allem um personelle Angelegenheiten und diese werden nicht in der Öffentlichkeit diskutiert, sondern dort, wo sie zu lösen sind.

**Peter Häring:** Uns scheint der Vertrag weitgehend klar und auch schlank, weil auf das übergeordnete Recht verwiesen und nicht zitiert wird. Mit § 13 können wir leben. Eine Frage: Im bestehenden Vertrag ist in § 20 ein Beschwerdeverfahren enthalten; wo ist dies im übergeordneten Recht geregelt?

**Kurt Lanz:** Zu den Fragen von Stephan Ackermann und den Antworten von GR Elisabeth Schiltknecht. Die Musikschule funktioniert so, wie es bei der Sekundarschule funktioniert. Sie erinnern sich, dass im Zusammenhang mit dem Amtsbericht die GPK und auch der Einwohnerrat mehr Informationen und einen Bericht von der die Sekundarschule wollte. Die Sekundarschule untersteht aber dem Kanton und nicht der Gemeinde. Dies ist das erste Problem und daher können wir dies nicht im Einwohnerrat diskutieren. Beschwerdeinstanz ist der Regierungsrat d. h. die verschiedenen Musikschulen im Kanton sind alle direkt der BKSD unterstellt, dem Departement von Urs Wüthrich. Wenn es Beschwerden gibt, ist dies dem BKSD zu melden. Die Rechenschaftsablegung ist im Bildungsgesetz geregelt. Dieses sagt aus, dass sich die Schulen regelmässig extern oder intern evaluieren lassen müssen und so wird herausgefunden, ob die Schulen ihren Pflichten nachkommen oder nicht. Es ist also nicht möglich, dass sich hier der Einwohnerrat einschaltet, weil dies das Bildungsgesetz nicht vorsieht. Aus diesem Grund muss man sich bei der BKSD oder beim Regierungsrat melden und von dort gibt es wahrscheinlich auch keine Antwort.

**Karin Hess:** Die SVP-Fraktion sieht in diesem Vertrag keine Bedenken und wird diesem zustimmen. Die alten Forderungen der RPK und ROD sind nun umgesetzt.

**Daniela Berger:** Dem Votum von Kurt Lanz kann man entnehmen, dass auch die SP dem Vertrag zustimmt. Ich selber bin zwar über den § 7 gestolpert, und konnte nicht alles verstehen, weil es nicht möglich war, eine Synopse zu erstellen. Ändert sich etwas bei den Kostenbeiträgen? Und ich habe gemerkt, dass ich das Bildungsgesetz genauer anschauen muss. In § 51 Bildungsgesetz steht ganz betont, dass die Gemeinde Musikunterricht anbieten müssen und dies bis zum Abschluss Sekundarstufe II. Dies ist explizit zu finden und ich finde das gut. Bei den allgemeinen Bestimmungen in § 4 ist zu finden, dass generell ein Bildungsanspruch besteht bis Ende der Sekundarstufe II. Nun zu meinen Befürchtungen. Ich habe gemeint, es könne sein, dass die Kostenbeiträge für die Jugendlichen bzw. deren Eltern mit dem neuen Entwurf steigen könnten. Nein, in § 10 Bildungsgesetz steht, dass die maximalen Kosten für Schüler nur maximal einen Drittel der effektiven Kosten sein dürfen, die der Musikunterricht verursacht. Damit war ich wieder beruhigt und habe gemerkt, dass der neue Vertrag nicht daran rüttelt, dass sich die Kosten für den Musikunterricht, egal ob Primarstufe, Sekundarstufe I oder II nicht ändern. Ich bin darüber froh und danke der Gemeinderätin Elisabeth Schiltknecht, dass sie Akteneinsicht gewährt hat und auch sonst, wie beispielsweise beim Kommentar des Rechtsdienstes, geholfen hat. Ich stelle fest, dass es in diesem Vertrag darum geht, die Rahmenbedingungen so fest zu machen, wie wir vom Volk am 22. September 2002 der Annahme des Bildungsgesetzes zugestimmt haben und dass dies neu so festzulegen ist. Wir sind zeitlich in Verzug und sollten heute zusagen, weil auch noch Augst und Giebenach Ja sagen müssen. Von mir aus gesehen bestehen die Hauptänderungen darin, dass man die Zuständigkeiten neu gemäss Bildungsgesetz zu regeln sind betreffend Schulrat und Schulleitungen. So ist nun alles korrekt geregelt. Zur Tarifordnung, wie sie

zu hinterst in den Unterlagen zu sehen ist, weiss ich aus Erfahrung, dass nur diejenigen Familien einen Rabatt erhalten, die am Existenzminimum leben und sobald etwas mehr verdient wird und man zum unteren Mittelstand gehört, muss man die Kosten zu 100% tragen und bei 2 oder 3 Kindern, kostet dies recht viel. Ich habe gehört, dass auch hier Verbesserungen stattfinden sollen bzw. Änderungen bei den Tarifrabatten. Darum bitte ich sie, dem Vertrag zuzustimmen, damit wir gesetzeskonform weiter schaffen und die anderen Probleme angehen und lösen können.

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Es gibt eine Verordnung zu den Musikschulen. Dort ist alles geregelt: Dauer der Lektionen, Probleme usw.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Vertrag über die Führung einer Kreismusikschule wird gutgeheissen. Er tritt in Kraft nach der Genehmigung durch den Einwohnerrat resp. Gemeindeversammlung der Vertragsgemeinden und nach Genehmigung durch die BKSD.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: **2. Mai 2011.**

---

## **Geschäft Nr. 2713**

## **Teilrevision Reglement über die Unterstützung der politischen Parteien bei Wahlen und Abstimmungen - 1. Lesung**

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 16. Februar 2011

**GP Beat Stingelin:** Im Jahr 2009 haben wir darüber abgestimmt und in der Zwischenzeit festgestellt, das wir nachbessern müssen. D. h. bis jetzt hiess es, man darf nur 1 Prospekt pro Urnengang beilegen. Wir haben aber festgestellt, dass dies bei einem normalen Urnengang geht, bei Abstimmungen hingegen nicht. Die Parteien machen eine Abstimmungsvorlage für den Einwohnerrat, eine für den Gemeinderat, den Regierungsrat und den Landrat. Einige haben den Prospekt zusammen gemacht, und man hat gemerkt, das geht nicht. Das gleiche ist auch dann der Fall, wenn zu Abstimmungen noch andere Sachen zu bestimmen sind und so muss man einen Prospekt mehr geben können. Dies ist der eine Punkt. Weitere haben wir noch festgestellt, dass man pro Wahlliste nur einen Wahlzettel abgeben darf. Es gab Auswüchse, dass Listen von Mehrfachgruppierungen beworben wurden. Es geht immer um die Liste und dort steht eine Partei dahinter und es gibt nur einen Prospekt dazu. Dies wollen wir ändern. Das ist die Praxis, die ihr uns auf die Verwaltung bringt und wir gemerkt haben, dass es hier einen anderen Usus gibt. Seinerzeit hat bereits Urs Hess gesagt, dass man in dieser Richtung etwas tun müsste. Ich hoffe, er erhält Recht.

## Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

### Eintreten

**Christoph Zwahlen:** Genau der letzte Teilsatz hat bei uns Unabhängigen Fragen aufgeworfen. 3<sup>bis</sup>: Zulässig sind: „bei Abstimmungen ... 1 Prospekt“ dies erscheint logisch und „bei Wahlen ... je ein Prospekt“ auch. Beim nächsten Satz hingegen, verstehen wir nicht, was das Problem sein soll und stellen daher dort einen Streichungsantrag. „Bei Proporzahlen ist pro Liste nur 1 Prospekt erlaubt“. Was ist damit gemeint und was für Auswüchse muss man bekämpfen? Das haben wir nicht verstanden und wollen es gerne wissen.

**GP Beat Stingelin:** „Bei Proporzahlen ist pro Liste nur 1 Prospekt erlaubt“ ist genau der Punkt und das sind die Grünen und die Unabhängigen. D. h. man macht einen Prospekt der Grünen und einen der Unabhängigen; es handelt sich dabei aber um nur eine Liste. Und wenn nun andere Parteien eine andere Partei, beispielsweise SP-light oder SVP-light, so ergibt dies wieder einen Prospekt und alle sind auf derselben Liste. Beworben werden immer die Listen und dies ist korrekt. Liste 1, Liste 2 und was es gibt und nicht die Gruppierungen. Bei euch waren die Schwierigkeiten immer, dass, meist sehr kurzfristig, von der Kantonalorganisation etwas gekommen ist. Einmal musste man Unterschriften sammeln bei den Gruppierungen, denen es nicht gepasst hat und man es hierin regeln will, dass Alle wissen, wie es geht und wenn sie Unterschriften sammeln, ist es super. Ihr habt die Frage schon richtig verstanden.

**Urs Hess:** Wir sind für Eintreten auf diese Revision und ich kann euch sagen, sie ist ganz in unserem Sinn. Dies habe ich bereits früher schon gesagt und daher bitte ich euch, das Reglement so, wie es hier liegt, unverändert, zu lesen und zu beschliessen. Es ist klar, wenn man verschiedene Prospekte bei einer Liste im Proporz abgeben will, gibt es einen Prospekt und wenn noch beispielsweise 40 Einzelprospekte von jedem Einwohnerrat mitkommen, kann dies nicht Sinn und Zweck eines Propagandaversandes sein und man hat es separat zu regeln. Wie es der Gemeinderat gebracht hat, finde ich es eine gute Vorlage.

**Stephan Ackermann:** Danke, das du Beat Stingelin, die Probleme beim Namen nennst. Ich finde es schön, dass man in diesem § eine „Lex Unabhängig“ machen will. Ich muss sagen, es ist etwas Unterschiedliches, und wir überlegen uns, wen wir alles porträtieren können und wenn wir, rein hypothetisch, auch andere Personen empfehlen würden und als Beispiel bei den Landratswahlen nicht nur Grüne, sondern auch Andere. Darf man das oder nicht oder braucht es in jedem Fall ein Komitee? Wer ist berechtigt, die Wahlunterlagen abzugeben? Das sind die Parteien, da sind wir uns einig und die Parteien brauchen keine 20 Unterschriften. Ein Komitee braucht aber 30 Unterschriften. Die Unabhängigen Pratteln sind eine eigene Partei und dürfen Wahlempfehlungen abgeben, ob sie selber an den Wahlen teilnehmen oder nicht. Die Grünen sind eine eigenständige Partei, kantonal und kommunal gibt es sie auch. Dann dürfen diese einen Prospekt abgeben. Wir müssen diesen Satz streichen, wenn wir so weit sind. Dies aber in der Detailberatung.

### Eintreten ist unbestritten und es folgt die Detailberatung

#### Lesung von § 3. Neu ist der Einschub von § 3<sup>bis</sup>

**Kurt Lanz:** Es wurde bereits vorhin gesagt, dass bei Proporzahlen die Liste beworben wird und die SP könnte dies auch, macht es aber nicht und bei uns heisst es immer „SP und Gewerkschaften“, aber wir legen nicht noch einen Gewerkschaftsprospekt dazu. Unsere Fraktion hat gesagt, grundsätzlich wird die Liste beworben und daher finden wir dies in Ordnung. Dass es bei den Regierungsräten anders aussieht und selbstverständ-

lich Grün und Unabhängig und von Rechts bis Links alle ihre Regierungsratsempfehlung aufschreiben können, ist ein anderes Blatt und ist logisch. Die SP-Fraktion stimmt dieser Vorlage so zu, wie sie hier steht.

**Andreas Seiler:** Wir von der FDP empfehlen, der Vorlage in dieser Form zuzustimmen und sind auch der Meinung, pro Liste nur eine Wahlempfehlung und einen Prospekt abzugeben.

**Christoph Zwahlen:** Ich halte am Antrag fest. Die Unabhängigen möchten, dass der Satz „Bei Proporzahlen ist pro Liste nur ein Prospekt erlaubt“ gestrichen wird. Wenn beispielsweise ein Wirtschaftsverband die FDP-Liste bewirbt und schneller ist als die Partei, kann die Partei keine Stimme mehr abgeben. Was macht man dann?

#### Abstimmung über den Antrag von Christoph Zwahlen

://: Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab.

Die 1. Lesung ist hiermit abgeschlossen.

---

## Geschäft Nr. 2606

## Beantwortung Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betr. „Fussgänger- und Velo-Unterführung Fröschmatt“

### Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betr. „Fussgänger- und Velo-Unterführung Fröschmatt“ vom 21. Mai 2009
- Antrag des Gemeinderates vom 3. Februar 2011

**GR Rolf Wehrli:** Wir haben mehrere Unterführungen und der Gemeinderat teilt die Auffassung des Postulanten, dass die Situation dort nicht die glücklichste ist. Aus der Vorlage geht auch hervor, dass die Behebung dieser unglücklichen Situation nicht ganz einfach und noch mit erheblichen Kosten verbunden wäre, wollten wir eine optimale Lösung haben. Mit Blick auf die Zukunft wissen wir noch nicht, was die SBB machen wird und wir haben diesbezüglich auch keine Verhandlungen geführt. Dies erfolgt später. Dass etwas mit der Fröschmattunterführung und den anderen gehen muss, ist klar und dies in einen Kontext stellen, darüber muss der Einwohnerrat auch Informationen von Gemeinderat haben. Im Moment sind wir eher für die Variante 1 mit gewissen Verbesserungen, die sich jedoch überleben. In der Unterführung Fröschmatt riecht es auch nicht immer so gut. CHF 2 Mio., wie sie zurzeit geschätzt werden entsprechend den Plänen, die sie hier auch haben, ist ein grosser Betrag. Auf der Seite der Fröschmattstrasse ist die Situation einfacher, etwas zu machen. Auf der anderen Seite umso schwieriger.

### Diskussion zum Antrag auf Abschreibung des Postulates

**Christoph Zwahlen:** Ich danke dem Gemeinderat für die Unterlagen und das Prüfen der Varianten. Nur mit den Schlussfolgerungen bin ich nicht ganz einverstanden und der Meinung, dass eine Pinselrenovation nicht ausreichend ist. Weiter stösst mir der Satz mit den Rahmenbedingungen und Einwirkungen der SBB auf. Dies ist das neue Killerargument in Pratteln und mit diesem kann man alles bodigen, was in Pratteln im Bahnperimeter gebaut wird. Man könnte so auch die Hochhäuser bodigen. Man muss aber beachten,

dass dies eine langfristige Planung ist mit einem Zeithorizont 2030 und wenn man ein wenig gelesen hat, was in Bern über die Finanzierung des öV diskutiert wird, kann sich dieser Zeithorizont noch später erstrecken und so lange können wir nicht warten mit der Unterführung und daher ist die Planung nun nach Variante 2 oder noch optimiert in Angriff nehmen, so dass Kinderwagen, Velo und auch Anhänger passieren können. Wenn die SBB später etwas ändern, muss sie die Änderung finanzieren, denn dann wird sie den dann zumaligen Status quo verändern. Deshalb sehe ich das Postulat nicht als erfüllt.

**GR Rolf Wehrli:** Grundsätzlich hat der Gemeinderat Verständnis für die Ausführungen und dass Christoph Zwahlen die Variante 2 zur Ausführung sieht. Abgesehen von den Kosten im Sinne einer optimierten Lösung würde ich auch diese Variante sehen. Die SBB soll kein Killerkriterium sein, auch wir wollen nicht 20 Jahre warten und mit den SBB verhandeln. Das nächste Geschäft heute Abend wollen wir auch mit verhandeln. Wir haben verschiedene Unterführungen auf der Bahnlinie von West nach Ost. Was passiert mit den anderen? Wie bringen wir eine optimale Situation fertig, ohne jetzt etwas zu präferenzieren? Es so zu machen, kostet ungefähr CHF 2 Mio. und dann fehlt allenfalls das Geld für andere Sachen. CHF 2 Mio. ist ein Betrag, der hierin diskutiert werden muss und stellt eine fetten Posten für eine Unterführung dar. Zum heutigen Zeitpunkt. Was machen wir, wenn die SBB Einsprache macht? Dies verzögert alles dort. Ich weiss nicht, wie lange die SBB die Einsprache aufrecht erhalten würden; aber sie können Einsprache machen und nicht nur die SBB, auch die Anwohner können dies. Variante 1 ist zum jetzigen Zeitpunkt sicher die bessere Variante, was aber nicht für den Gemeinderat heisst, dass dieses Anliegen ausser Sinn und Traktanden ist. Aber auf diese Weise kann man das Postulat abschreiben und wir können weiter nach einer optimierten Variante im Zusammenhang mit dem nächsten Geschäft suchen und dem Einwohnerrat wieder vorlegen.

**Erich Schwob:** Wir haben dieses Geschäft angeschaut und festgestellt, dass es überhaupt nicht im Verhältnis ist. Wir sind nicht gegen den Langsamverkehr, auch ich finde es jedes Mal unangenehm, wenn ich dort unten durch muss, vor allem, weil sie dunkel und unübersichtlich ist und man schlecht nach oben kommt. Aber, das Geld und die möglichen Einsprachen... und darum sind wir für Abschreibung. Ich glaube auch GR Rolf Wehrli, wenn er sagt, es sei nicht unter den Tisch gekehrt und dass sie zu gegebener Zeit wieder darauf zurück kommen.

**Stefan Ackermann:** Es verstehen sich beide Seiten. Das Anliegen für eine Verbesserung der Unterquerung. Es ist wirklich ein Elend und dessen sind wir uns bewusst. Was ich wichtig finde ist, dass das Agglomerationsprogramm bezüglich Langsamverkehr, und dazu gehört auch die Analyse des Langsamverkehrs, die Pratteln in Auftrag geben hat, und wenn man dieses gut zusammenschürt, muss nicht die Gemeinde Pratteln alles alleine tragen. Wie weit wurde dies berücksichtigt und wie müsste man hier vorwärts machen, damit das Geld auch kommt? Dies fehlt in der Beantwortung des Postulates und wurde auch jetzt nicht erwähnt. Meine Frage „Hat der Gemeinderat nicht daran gedacht oder warum wurde nichts dazu gesagt?“

**Urs Hess:** Es wurde ein Postulat eingereicht und nicht ein Projekt für eine Unterführung. Der Gemeinderat hat geprüft und berichtet, was man machen kann und es vorgelegt und damit ist das Postulat erfüllt und man kann es abschreiben und ich bitte euch, der Abschreibung zuzustimmen.

**GR Rolf Wehrli:** Ich bin noch eine Antwort an Stephan Ackermann schuldig in Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm. Es ist noch nicht so weit, dass man weiss, welche finanziellen Mittel man allenfalls holen kann. Du redest immer von „müssen“; „müssen“ ist das Eine und „bekommen“ das Andere. Es ist tatsächlich so, wie Urs Hess gesagt hat, es ist ein Postulat und die Beantwortung ist da. Es wurde nicht gefordert, dass die Planung in Angriff genommen wird und die Situation ist dargestellt. Für uns ist

die Variante 1, auch wenn sie ein Stück weit ein saurer Apfel ist, die bessere Variante zum jetzigen Zeitpunkt.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr zu 5 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2606 wird als erfüllt abgeschrieben.

---

## **Geschäft Nr. 2700**

## **Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werber Graber, betreffend "Velo - Fussgängerunterführungen und SBB-Ausbaupläne"**

### Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werber Graber, betreffend "Velo - Fussgängerunterführungen und SBB-Ausbaupläne" vom 28. November 2010

**GR Rolf Wehrli:** Wir möchten gerne an die Arbeit gehen und danken für die Überweisung.

**Werber Graber:** Ich danke dem Büro, dass das Postulat nun behandelt wird, nachdem es seit Dezember auf der Traktandenliste ist. An der Novembersitzung nach Einreichung unserer Motion hat der Rat gefordert, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Damals sind wir dieser Forderung nicht nachgekommen und haben neu ein Postulat eingereicht, weil es unserer Meinung nach darum geht, die gesamten Unterführungen und Überführungen auf Gemeindegebiet Pratteln mit den Ausbauplänen der SBB anzuschauen. Im Güterbahnhof gibt es eine Unterführung, die nur schlecht für Kinderwagen und Velos passierbar ist. Wenn diese durch irgendwelche Gründe gestrichen wird, gibt es von der Gemeindegrenze bis zur Salinenstrasse keine Überführung mehr, was einen sehr grossen Umweg bedeutet, wenn Jemand von der Herzmatt oder so Richtung Aquabasilea will. Darum fordern wir mit diesem Postulat, dass der Gemeinderat den Istzustand und die Wünsche der Bevölkerung aufnimmt und mit den SBB bespricht und der Gemeinderat klare Vorstellungen hat, was die Bevölkerung von Pratteln wünscht und was man vom Buholz bis zum Güterbahnhof will.

**Roland Kuny:** Die SVP-Fraktion hat auch dieses Postulat diskutiert und ist der Meinung, es solle abgelehnt werden. Wir haben vorhin vom Gemeinderat gehört, er würde sowieso Verhandlungen mit den SBB führen und wir sind daher der Meinung, dass eine Unter- oder Überführung an einem Ort, der nicht zweckmässig ist, nur Kosten verursacht. Daher bitte ich sie, das Postulat abzulehnen.

**Stephan Ackermann:** Wir unterstützen das Postulat, so wie wir dazumal auch die Motion unterstützt haben. An Orten, wo es nicht nötig ist, fordert das Postulat auch in Zukunft keine Unterführung. Es steht ja drin, dass man die Bevölkerung mit einbeziehen soll und dann zeigt sich, wo Unterführungen nötig sind. Wie Werner Graber skizziert hat: Es gibt heute noch Übergänge und was machen wir, wenn diese wegfallen? Wir haben gerade vorher das Postulat abgeschrieben, zu dem der Gemeinderat gesagt hat, er sehe Handlungsbedarf, und finden es sinnvoll, wenn wir mit den SBB in Kontakt sind und dann dort eine gemeinsame Lösung finden und nicht Geld für weitere Planungsschritte ausgeben und schlussendlich kappt uns dies die SBB. Ihr habt es so gesehen wie der Gemeinderat und deshalb kann man das Postulat abschreiben und jetzt, wo es wieder konkret wird -

wir müssen eine Lösung für dies Bahnlinie haben, die uns das Dorf halbiert- seid ihr auch wieder dagegen; dies funktioniert nicht. Ich kenne das Beispiel der Fröschmattunterführung gut und habe dort genug Begegnungen mit Leuten, die mit dem Kinderwagen dort hindurch wollen und es nicht schaffen, weil es nicht geht. Wenn man nun noch Kinder hat, die das Velo noch nicht selber hinauf stossen können... Ich finde dieses den richtigen Weg, wie die SP ihn aufzeigt und deshalb bitte ich euch alle, das Postulat zu unterstützen.

**Gert Ruder:** Ich danke dem Gemeinderat, dass er bereit ist, das Postulat so zügig schon morgen in Angriff zu nehmen. GR Rolf Wehrli hat ja schon im Zusammenhang mit der Beratung der Fröschmattunterführung einiges zu den gemeinderätlichen Überlegungen gesagt und bitte euch eindringlich, dieses Postulat zu überweisen. Letztes Mal war es eine Motion für eine spezielle Überführung, bei der wir Angst haben, dass sie ersatzlos wekommt und jetzt haben wir im Zusammenhang mit einer Gesamtbetrachtung und mehr oder weniger versteckten Ankündigungen der SBB, wo sie allenfalls Überschneidungen machen wollen, in Frage gestellt, wie es mit den Querungen weiter gehen soll. Wann das riesige SBB-Projekt, ob es nun in 15 oder 20 Jahren realisiert wird, spielt keine Rolle. Jetzt muss man den Finger darauf halten und jetzt beginnen vermutlich die Gespräche und Verhandlungen mit den langen Plänen und jetzt ist der Moment, wo die Gemeinde den SBB aufzeigen muss, dass hier auf beiden Seiten der Bahn gewohnt wird und dass man von Norden nach Süden und von Süden nach Norden anständig und modern gelangt. Es stimmt. Ich bin schon mehr als 30 Jahre in Pratteln und laufe durch die Fröschmattunterführung und es wäre schön, dass ich, spätestens, wenn ich am Rollator gehe, dort eine Rampe benutzen kann oder es im Bereich der Coopunterführung eine Rampe hätte. Der Einwohnerrat soll doch so gut sein, den Gemeinderat dies überprüfen zu lassen und überweisen sie dieses Postulat.

**Patrick Weisskopf:** Auch ich bitte sie, das Postulat zu unterstützen und dies aus verschiedenen Gründen. Wir haben verschiedene Motionen am Laufen und darunter auch eine von Patrick Freund, die sagt, dass wir die Entwicklung unter Kontrolle halten müssen. Wir haben von mir noch etwas zum Thema unterirdische Güterbahn und wenn wir die Situation in Pratteln mit den beengten Verhältnissen anschauen, kann es unmöglich sein, dass die SBB dreispurig das Ergolzthal hinauf und durch Pratteln fahren kann. Wir sollten nun die Gelegenheit nutzen und der Gemeinderat sollte in den Verhandlungen mit den SBB das Beste herausholen, damit wir möglichst schnell unsere Überführungen haben, basierend auf der heutigen Situation. Wer heute Zeitungen gelesen hat, konnte feststellen, dass die EU sehr starke Initiativen für sehr schnelle Zugverbindungen am Laufen hat. Dies bedeutet, dass sich die Schweiz sputen muss. Wenn man nämlich in 5 Stunden von Hamburg nach Mailand will, geht dies nicht mehr über die bestehenden Linien und auch der Gotthardtunnel kann heute mit unseren Linien nicht mehr bedient werden. Wir müssen mittelfristig, und dies betrifft 2030/2040, den Güterverkehr oberirdisch von der Schiene weg bringen, damit wir oberirdisch genügend Kapazität für die bestehenden Schnellzüge und den Intercityfernverkehr haben. Ich möchte aber nicht, dass dies dreispurig durch Pratteln führt und daher muss jetzt möglichst Viel herausgeholt werden, damit wir Lebensqualität und die Überführungen haben und vorwärts machen und uns nicht blockieren lassen und mit den neuen Landräten schauen, dass wir in Bern Druck machen. Es muss vorwärts gehen. Überweist das Postulat und lasst den Gemeinderat die Verhandlungen aufnehmen.

**Stefan Löw:** Ich bitte, das nächste Mal nicht zu pauschalisieren, dass wir das ablehnen. Die FDP ist überhaupt nicht der Meinung, dass wir das Postulat ablehnen; wir sind für eine Überweisung. Somit eine Mehrheit gegeben und wir sind der Meinung, der Gemeinderat soll daran schaffen und daran bleiben und das Optimalste für unsere Gemeinde herausholen. Wir werden das Postulat überweisen.

**GR Rolf Wehrli:** Wir sind auf eure Hilfe angewiesen. Der politische „Druck“, wenn wir Druck erzeugen wollen, ist mit Postulat sicher grösser, als wenn der Gemeinderat ohne

Auftrag vom Einwohnerrat/Parlament zu den SBB geht. Ein Hinweis: Es gibt nun einen Wechsel in Liestal im BUD. Die vorgesehenen Gespräche werden nun etwas später stattfinden. Wichtig ist, dass wir von Ost nach West die Situation genau anschauen können, welches ist die sinnvollste und kostengünstigste Lösung, die Sinn und Zweck macht, so dass Gert Ruder auch im hohen Alter bequem queren kann. Danke für die Überweisung.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst grossem Mehr zu 5 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2700 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

### **Geschäft Nr. 2632**

### **Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Wünschenswerte Parkplatz-Verhältnisse vor Alte Dorfturnhalle (ADH) und den Gewerbeliegenschaften an der Schloss-Strasse!"**

#### Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Wünschenswerte Parkplatz-Verhältnisse vor Alte Dorfturnhalle (ADH) und den Gewerbeliegenschaften an der Schloss-Strasse!" vom 23. November 2009
- Antrag des Gemeinderates vom 21. Januar 2011

**GR Ruedi Brassel:** Erich Weisskopf hat das Postulat mit genau skizzierten Anregungen vorgelegt. Es wurde überwiesen und wir haben dies geprüft. Sie können der Vorlage entnehmen, dass wir nicht mit allen Details im Vorschlag einverstanden sind, weil nicht alle Probleme gelöst werden und nicht alles zusammen passt. Wir haben bereits bei der Überweisung gesagt, dass wir die ganze Problematik zusammen mit der Neugestaltung des Schmittiplatzes und dem weiteren Bereich genauer anschauen und jetzt nicht gross investieren. Die Anregungen des Postulates bezüglich Nivellierung, Entfernung Stolpersteine nehmen wir auf und setzen es um. Dies wird geringe finanzielle Folgen von ca. CHF 2'500 haben, die wir der laufenden Rechnung entnehmen. Ich bitte sie, dies zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

**Erich Weisskopf:** Dank an den Gemeinderat und an die Abteilung Sicherheit und Dienste für die Planungsarbeit. Endlich werden die Stolperinseln bei den Parkplätzen entfernt, was mich ausgesprochen freut, aber auch die Benutzer der schlechten und gefährlichen Parkierungsmöglichkeiten beim täglichen Einkauf im Dorf. In meinem Postulat habe ich zwar 3 mögliche Parkplätze gefordert, bin aber mit 2 neuen auch zufrieden, aber nur auf dem Platz, auf dem jetzt die beiden Freihaltepfosten stehen. Platz dafür ist genügend vorhanden. Mit diesen Ergänzungen bin ich auch für Abschreibung.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2632 wird als erfüllt abgeschlossen.

---

## Geschäft Nr. 2684

## Beantwortung Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Mitwirkung in der Ferienzeit"

### Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Mitwirkung in der Ferienzeit" vom 9. September 2010
- Antrag des Gemeinderates vom 29. Januar 2011

**GP Beat Stingelin:** Die schriftliche Antwort liegt vor und hier eine kurze Erläuterung dazu. Das wir nicht 6 Wochen in den Sommerferien auf der Verwaltung Nichts machen und demzufolge auch keine Auflagen, geht nicht. Wir werden schauen, dass 2 Arbeitswochen ausserhalb des Ferienzeitraumes liegen und so kommt man beiden Seiten entgegen: Leuten, die investieren wollen und nicht warten wollen und denen, die in die Ferien gehen. Ich nehme nicht an, dass ganze Fraktionen 6 Wochen weg sind und nicht Einsprache machen können. Dies ist eine gute Lösung.

**Stephan Ackermann:** Als Vertretung von Benedikt Schmidt darf ich Antwort geben. Herzlichen Dank für die schriftliche Beantwortung. Wir sehen dies als guten Kompromiss und stimmen diesem zu und sind glücklich, dass eine Lösung gefunden wurde. Wenn man schaut, welcher Druck von den Bauherrschaften kurz vor den Sommerferien gemacht wird, und nachher sieht, wie schleppend es weiter geht, fragt man sich, wo am besten Druck gemacht wird. Wenn man nun schaut, wie weit die Quartierpläne sind, die wir in der Vernehmlassung hatten, eigentlich war geplant, dass sie im Februar oder März vor en Einwohnerrat kommen, und diese Pläne liegen noch irgendwo. Wir sehen das Postulat als erfüllt an und können es abschreiben.

**GP Beat Stingelin:** Kurz zum Druck. Grundsätzlich erbringen wir eine Dienstleistung. Wir können und dürfen nicht abschätzen, ob hintendran noch etwas geht. Wenn etwas kommt, ist Devise, dass es behandelt und nicht auf die Seite geschoben wird, weil bereits früher gewartet wurde. Dies kann nicht Aufhänger einer Gemeindeverwaltung sein. Darum werden wir wie immer zügig daran schaffen und wenn die Investoren nachher hinten dran nicht so schnell reagieren, ist das nicht Sache der Verwaltung und die Verwaltung darf nicht abschätzen, dass sie mit diesem Investor nun langsamer macht als vorher.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2684 wird als erfüllt abgeschrieben.

---

## Geschäft Nr. 2706

## Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Roger Schneider, betreffend "Für attraktive Freiräume"

### Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Roger Schneider, betreffend "Für attraktive Freiräume" vom 27. Januar 2011

**GR Rolf Wehrli:** Mit Sicherheit wird der Freiraum in unserer Gemeinde nicht zum „Rest-Raum“, wie es Roger Schneider befürchtet! Es ist auch nicht so, dass die zunehmende Verdichtung durch neue Überbauungen dazu führt, dass der Druck auf die Freiräume steigt. Im Gegenteil. Eine Verdichtung ist nicht zuletzt auch eine konkrete Massnahme gegen eine Zersiedelung. Die neuen und kommenden Überbauungen in Pratteln sind konzeptionell, wirtschaftlich sowie architektonisch optimale Projekte. Hier wird städtebauliche Massarbeit geleistet. Sie überzeugen durch die richtigen Schwerpunkte, durch Ihre Nachhaltigkeit, weisen eine Mischform auf und setzen für unsere Gemeinde wichtige städtebauliche Akzente. Dabei sind die öffentlichen Nutzungen und Freiflächen von grosser Bedeutung. Es ist raumplanerisch bezeichnend für die Gemeinde Pratteln, dass die Siedlung gegen Osten, Süden und Westen umschlossen ist von zum Teil bedeutenden Naherholungsgebieten, welche natürlicherweise attraktive Freiräume beinhalteten. Ich denke dabei räumlich auch an das Gebiet Blözen, Vita-Parcour, Schönenberg und Adler, Talweiher, das Gebiet Egglisgraben und Lachmatt um einige zu nennen. Der Gemeinderat ist bei sehr zahlreichen Projekten im Siedlungsgebiet bestrebt, Freiräume raumbildend vorzuschreiben und legt grossen Wert auf das Landschaftsbild. Dazu einige Beispiele bei laufenden Projekten: 1. Neuerstellte Schallschutzmauer entlang Hohenrainstrasse, Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekten, Pflanzung von neuen Hochstammbäumen explizit verlangt und durch Kanton ausgeführt; 2. Jörinpark, Parkpflegewerk ausgearbeitet, welches von der Denkmalpflege des Kantons unterstützt worden ist. Die Entwicklung dieses wichtigsten Grünparkes in der Gemeinde wird damit nicht dem Zufall überlassen. Bereits in diesem Jahr werde erste Verbesserungsmassnahmen getätigt; 3. Zonenreglement Siedlung, Gestaltung von Grünflächen mit Hochstammbäumen auch in Gewerbe- und Industriezonen verlangt; 4. Bei Quartierplanungen wird jeweils grosser Wert auf die Aussenraumgestaltung gelegt; 5. Die Hochstammbäume in der Gemeinde inkl. der im Zonenplan festgesetzten Schutzbepflanzungen werden von der Gärtnergruppe des Werkhofes seriös gepflegt und wo notwendig ersetzt; 6. Im Gebiet Grüssen wird ein Gesamtkonzept für den Langsamverkehr (Durchwegungen etc) geplant, welches vor allem auch auf die Freiraumgestaltung Wert legt; 7. Das in Bearbeitung befindliche Betriebs- und Gestaltungskonzept für die Strassen in Zentrum des Dorfes (Bahnhofstrasse, Burggartenstrasse, Schlossstrasse, Gottesackerstrasse und Oberemattstrasse) beinhaltet nicht nur eine Planung von siedlungsorientierten Strassen, sondern umfassend eine wesentliche qualitative Aufwertung der Freiräume; 7. Für die zukünftige Entwicklung des Schmittiplatzes ist ein versierter Landschaftsarchitekt beauftragt worden; 8. Nach Abbruch des Feuerwehrmagazins entsteht ein neuer grosser und angemessener Freiraum vor dem Schloss, der ebenfalls professionell zu beplanen ist; 9. Im Entwicklungsgebiet Salina-Raurica wird der Freiraumgestaltung ebenfalls grossen Wert beigemessen. Aus den vorerwähnten laufenden Projekten kann geschlossen werden, dass der Freiraumgestaltung bereits in der Vergangenheit, Heute und in Zukunft einen grossen Stellenwert beigemessen wird. Der Gemeinderat ist gestützt auf seine Ausführungen zur Auffassung gekommen, ihnen eine Nichtüberweisung des Postulats zu beantragen.

**Roger Schneider:** Danke für Zusammenstellung der Projekte und den anderen Bemühungen im Zusammenhang mit der Freiraumgestaltung. Ich habe den Ausführungen von Marcel Schaub sehr interessiert zugehört und habe mich in meinen Forderungen auch bestätigt gefühlt. Er hat gesagt, dass die Freiraumsituation nicht nur in der Längi, sondern auch anderenorts entwickelt werden soll. Wir haben gesehen, dass man mit kleinen

Massnahmen viel erreichen kann, so dass sich die Bevölkerung draussen trifft und Spielmöglichkeiten vorhanden sind. Ich finde, dass die Massnahmen, die man schon umgesetzt hat, gut und auch, dass man weiter daran ist. Man kann an vielen Orten, beispielsweise im Egelmattquartier nicht von einer zeitgemässen Wohnumgebung sprechen, so dass man probieren könnte, die Privaten für eine Aufwertung zu gewinnen. Trotz dieser guten Beispiele gibt es auch Defizite wie beispielsweise bei der neuen Gemeindeverwaltung. Dort haben wir in den Plänen gesehen, dass entlang der Bahnhofstrasse keine Baumreihe mehr eingezeichnet ist und vor Coop und Bahn befindet sich eine solche Begrünung. Der markante Baum beim Bahnhofplatz spielt bei der Planung auch keine Rolle; wir haben Situationen beim Dorfeingang, die nicht optimal sind und haben im Gewerbegebiet Wannen Bäume gepflanzt, von denen noch ein einziger steht. Es gibt x solcher Beispiele, hier nun bezogen auf den Baumbestand. Eine Analyse der Freiräume in Pratteln und das Aufzeigen von Optionen, wie diese Zustände zu verbessern sind, wäre für Pratteln eine gute Sache und daher bitte ich um Überweisung dieses Vorstosses.

**Christoph Pfirter:** Wir von der SVP-Fraktion sind für Ablehnung dieses Postulates. GR Rolf Wehrli hat sehr gut erklärt, was alles geplant ist und was man alles in Pratteln gemacht hat, was Bäume anbelangt. Wir haben viel Bäume hier und was man aus Sicht der SVP-Fraktion und auch meiner persönlichen Sicht nicht will, dass wir eine Art Baumschutzgesetz erhalten, wie es in der Stadt Basel gibt und man für jede Baumfällung eine Bewilligung in einem riesen Verfahren haben muss. Als Landwirt möchte ich auch nicht, dass Gebiete ausgeschieden werden, in denen man die Bäume nicht holzen darf oder neue setzen muss. Für das psychische Wohlbefinden dient der Baum, aber wenn ich als Landwirt einen Baum sehe, ist mein psychisches Wohlbefinden nicht mehr gut und es gibt nur noch Arbeit. Man hat die Bäume früher nicht gesetzt, um es schön zu haben, sondern man hat vom Ertrag gelebt und dies ist heute vorbei. Die Bürgergemeinde hat einige hundert Kirschbäume; jeder hierin kann Kirschbäume mieten oder ernten, aber dies macht Niemand hierin und darum verschwinden diese Bäume heutzutage, was die landwirtschaftlichen Flächen betrifft. Bei den anderen Flächen waren es vor allem bauliche Massnahmen. Pratteln ist ein Industrie- und Gewerbeort und in der Schweiz nimmt der Wald jedes Jahr um einige hundert Hektaren zu. Dass man nicht alle Bäume weg-holt, ist richtig, aber ganz sicher soll es keine gesetzlichen Grundlagen geben.

**Stefan Löw:** Für unsere Fraktion handelt es sich eindeutig um eine Interpellation, weil nur Fragen enthalten sind und wir können der Art und Weise der Einreichung nicht zustimmen und lehnen eine Überweisung ab. Ich habe aber Sympathie für diese „Interpellation“, dass man sich über die politische Arbeit Gedanken macht, wie man etwas Optimales erreichen kann. Ich bin aber gegen Regulierungen bei privaten Personen und Hauseigentümern. Ich bin der Meinung, man solle es bei der Eigenverantwortung belassen und allenfalls übergeordnete Regulierungen treffen, aber nicht in Einzelfällen. Freiräume sind ein Bedürfnis. Man sieht aber auch, dass es teilweise kein Bedürfnis ist und dies sieht man im Grüssen, wo die Bäume keine Bedeutung haben und nicht beachtet werden und keine Rücksicht genommen wird; sie sind teilweise ein Hindernis. Man muss pragmatisch vorgehen und den Baum dort lassen, wo er sich entfalten und erweitern kann. Zu den bestehenden Bäumen kann wahrscheinlich Emanuel Trueb Hinweise geben. Es gibt Situationen, in denen man einen Baum ersetzen muss, so schön er sein mag und für die nächste Generation planen, wenn man eine Lebensdauer von 100 oder mehr Jahren rechnet. Wir lehnen das Postulat ab.

**Kurt Lanz:** Bis jetzt ging es immer nur um den zweiten Punkt des Postulates, die Bäume. Mir geht es um den ersten Punkt und da ist die Rede von Freiraumqualität und der Gemeinderat soll prüfen und berichten. Für mich gibt es schon noch einige Orte, die man besser gestalten kann, als sie jetzt sind. Wenn ich die trostlose Tramendstation anschau, ist das ein Beispiel. Auch schon genannt wurde, dass es Quartiere gibt, ich sage nicht, dass Nichts gemacht wird, aber wenn wir über den Schmittiplatz und das Feuerwehrmagazin und den Dorfturnhallenplatz reden, dann reden wir hierin nur vom Zentrum

und Pratteln hat auch noch Quartiere, und diese haben Nichts und daher ist es angebracht, dass der Gemeinderat wenigstens probiert, mit den Liegenschaftsbesitzern Kontakt aufzunehmen. Man kann Etwas machen oder man kann Nichts machen und ich finde, wenn man sagt „Wir machen generell Nichts“, dann ist das nicht das Richtige. Man kann Niemanden verpflichten, dass er auf seinem Privatareal etwas macht aber einen Gedankenanstoss geben könnte man. Und wenn man sich schon dem verweigert, ist grundsätzlich etwas nicht richtig und daher bitte ich sie, das Postulat zu überweisen.

**Roger Schneider:** Stefan, danke für dein Votum. Ich erinnere mich, als du eine Interpellation eingereicht hast zum Thema Quartierplan im Grüssen und es tut mir wirklich weh, wenn ich dort bin und die Freiräume vor dem Möbelpfister sehe bzw. wie die Bäume dort malträtiert werden und auch die Rabatten. Es ist billig gemacht und wir haben dort doch Quartierpläne, die der Gemeinderat beschlossen hat und auf den Plänen sehen diese Freiräume super aus. Geht doch einmal dorthin und schaut, wie diese Flächen gepflegt werden. An der Güterstrasse, schaut einmal, wie viel Platz den grosskronigen Bäumen eingeräumt wurde und schaut die Pfosten an, die die Bäume schützen sollen, wie diese schon umgefahren sind. Ich bin auch nicht für ein Baumschutzgesetz wie es in Basel gibt, mit Bewilligungsverfahren usw. Daher bin ich bereit, diesen Punkt des Postulates zu streichen, die Passage „abzuklären, wie der Baumbestand langfristig erhalten und gefördert werden kann“ zu streichen und hoffe, dass ihr das Postulat so überweist.

**Emanuel Trueb:** Ich habe ehrlicherweise 2 Hüte an und muss aufpassen, dass ich jeweils den richtigen auf habe. Ich stelle fest, dass in Pratteln neu ein Interesse für die Gestaltung von Freiräumen da ist. Dies ist eine junge Disziplin und Pratteln hat sich bis jetzt noch nicht als die Gemeinde profiliert, die Freiräume gut gestaltet. Es ist eine neue Liebe zu Bäumen im öffentlichen Raum entstanden und Pratteln ist noch nicht bekannt für die grossen, alten Alleen. Es ist auch eine neue Liebe zu dem entstanden, was vorhanden ist; die Parkanlagen hier sind ausserordentlich und es gibt nicht viele Baselbieter Gemeinden mit geeigneten Parkanlagen. Man ist bereit, diese Parkanlage zu erneuern und zu verbessern. Es wurde auch entdeckt, dass wir einen Platz wie den Schmittiplatz haben, der aufzuwerten ist. Die Bereitschaft ist da und ich habe schon sehr viele gute Gespräche gehabt mit Vertretern des Gemeinderates und ich bin zuversichtlich, dass hierzu etwas passiert. Der öffentliche Raum ist die gemeinsame Identität unseres Dorfes und dies gehört uns allen gemeinsam. Dieses Gut ist von ausserordentlichem Wert und dieses Gut sollten wir sorgfältig erhalten und pflegen. Wir sollten es nicht nur pflegen, sondern auch gestalten und diese Gestaltung lässt an einzelnen Orten offensichtlich zu wünschen übrig. Ich bin der Meinung, dass der Moment gekommen ist, die Standortqualität von Pratteln zu verbessern durch die Gestaltung des öffentlichen Raumes und durch die bessere Durchgrünung dieser Gemeinde. Es gibt Orte, da lässt die Begrünung zu wünschen übrig, aber da renne ich offene Türen ein. Das Postulat ist ein gutes Instrument, um dieses Bewusstsein besser abzustützen. Es ist Handlungsbedarf vorhanden und es liegt nicht an uns, zu sagen, welche Bäume wo gepflanzt werden könnten, aber es muss eine Qualität hergestellt werden, die nachhaltig und langfristig und nicht nur rein gestalterische Aspekte bedient, sondern auch soziale und ökologische Aspekte und am Schluss noch zu einigermaßen vernünftigen Preisen unterhalten werden kann.

**Patrick Weisskopf:** Ich danke Emanuel Trueb, besser kann man es nicht mehr ausdrücken. Ein Beispiel: Wir haben in unseren Legislaturzielen Aussagen zum Image von Pratteln. Heute, zu Beginn der Sitzung, hatten wir ein sehr schönes Beispiel, die Längi, ein Problemquartier. Stellt euch vor, ihr kommt nach Pratteln zum Einkaufen und kommt ins Grüssencenter und was seht ihr von Pratteln? Nicht die schönste Seite. D. h. den Eindruck, den man dort erhält, der bleibt und das nehmen die Leute mit. Es ist ein Industriestandort, es ist ein Einkaufszentrum mit kaputten Strassen und nicht einmal besonders schön. Es sind lauter zusammengewürfelte Firmen und hier ist etwas und dort ist ein Lastwagen und wieso soll ich dorthin zum Wohnen? Mit relativ wenig Aufwand unterstützt das Postulat solche Sachen und wir sind in der Lage, aufzuwerten. Unseren ersten Eindruck zu präsentieren, und jeder, der sich beworben hat, weiss, was dies be-

deutet. Im Sinne einer Verbesserung des Images von Pratteln würde so etwas gut tun. Darum bitte ich euch, überdenkt eure persönliche Situation noch einmal, macht eine virtuelle Reise im Kopf durch die Zentren, wo ihr als Auswärtiger hinkommt. Man kommt nicht ins Dorf und biegt nach dem Kunimattkreisel links ab - und das war's dann. Auch hier müssen wir ansetzen, dass Pratteln wirklich einen guten Eindruck hinterlässt.

**GR Rolf Wehrli:** Es kommt mir fast so vor, als ob nichts passiere. Es ist das Gegenteil. Ich habe grundsätzlich sehr viel Sympathie für dieses Postulat. Man hat in den vergangenen Jahren immer wieder von einer grünen Lunge erzählt, nicht hier in Pratteln, aber dies ist ein Schlagwort. Ich habe versucht, in meinen Ausführungen darzulegen, was wir alles gemacht haben und was gegenwärtig geplant ist. Es wurde gesagt, dass im Dorfzentrum Einiges gemacht wird, der Schmittiplatz, Strassenraumgestaltung um den Schlossplatz herum, Feuerwehmagazin usw. Marcel Schaub als Leiter öffentliche Sicherheit hat ihnen berichtet, was nach dem Längiprojekt passiert, dass man es applizieren und weiter in unsere Gemeinde tragen will. D. h. nach meinem Empfinden wollen wir in den Aussenquartieren ähnliche Wege beschreiten wie in der Längi. Es ist nicht so, dass wir in der Gemeinde keine Spielplätze haben, ich denke ans Piratenschiff. Zum Gebiet Wanne, in dem gerade ein Neubau der Schreinerei Schneider entsteht, wo noch 1 Baum steht. Dort wurde vereinbart, dass die Bäume ins Gelände hinein gepflanzt werden und zwischendrin gibt es Parkplätze. Der eine, früher erwähnte Baum kommt auch noch von dort weg ins Gelände der Schreinerei. Diejenigen, die zu nahe an der Strasse stehen, werden tatsächlich von Lastwagen beschädigt. Ein Teil der privaten Liegenschaftsbesitzer, die einen Garten haben, den sie unterhalten sollten und die Spielplätze für Kinder sollten im eigenem Interesse der Liegenschaftsbesitzer sein. Im Rahmen des Längiprojektes hat man mit den Liegenschaftsbesitzern Kontakt aufgenommen, weil dies im Quartierplan so enthalten ist. Teilweise ist es Vollzug, dass man dies regelmässig macht und die Liegenschaftsbesitzer, manchmal sind es auch Verwaltungen und bis sie beim Liegenschaftsbesitzer waren, dauert es relativ lange. Ich finde es ebenfalls traurig, dass die Liegenschaftsbesitzer nicht mehr für die Attraktivität machen. Aber gerade nichts haben wir nicht gemacht und wir sind auf einem sehr guten Weg. Ich kann die Worte von Emanuel Trueb unterstützen, der Fachmann ist. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass wir auf einem guten Weg sind, dass wir in Richtung dieses Postulates sowie so unterwegs sind und sollte es nicht so herauskommen, wie man es sich vorstellt, kann man immer noch ein Postulat einreichen. Im Moment ist dies nicht nötig, obwohl Sympathie für das Postulat da ist.

**Stefan Löw:** Ich habe immer Mühe, wenn man unsere Gemeinde, unsere Infrastruktur schlecht redet. Wir haben auch den Blick fürs Gute. Ich nenne einige positive Beispiele. Es ist ein einzigartiger Park, wie ihn kaum eine andere Gemeinde hat in dieser Grösse und Vielfalt und der Angliederung des Altersheimes. Wir haben einen alten Friedhof, der durchaus attraktiv ist und auch einen neuen, der als Freiraum ebenfalls attraktiv ist. Wir haben einen Pausenplatz vor dem Schulhaus, der im Winter zu einem Eisfeld wird, attraktiv für Kinder wie wahnsinnig, wenn man schaut, wie viel Sport dort gemacht wird. Hexmatt, eine Matte, die öffentlich ist und die in solcher Form kaum eine andere Gemeinde aufweist. Einen Mergelplatz zum Spielen, eine Bocciabahn. Wir haben einen Vitaparcours, der sehr stark gebraucht wird. Einen Talweiher, der für Kinder und Erwachsene ein Erlebnis ist usw. Ich bitte sie und auch die Presse, schreibt doch das Positive unserer Gemeinde auf und selbstverständlich haben wir eine Zone, in der andere Sachen und Funktionen angeboten werden und dies hat auch seine Berechtigung und es darf beides nebeneinander sein.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 18 Ja zu 19 Nein bei 0 Enthaltungen:

:// Das Postulat Nr. 2706 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

---

## Geschäft Nr. 2707

## Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Fremdnutzung von Parkplätzen"

### Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Fremdnutzung von Parkplätzen" vom 27. Januar 2011

**GR Ruedi Brassel:** Ich danke Stephan Ackermann, dass er auf diese Problematik hingewiesen hat. Es handelt sich um eine nicht-einfache Sache und der Gemeinderat ist sehr um Lösungen bemüht, die einerseits den Vorschriften und andererseits auch der akuten Problemlage gerecht wird. Frage 1: *Weiss der Gemeinderat von dieser Situation?* Ja, es ist bekannt, dass die IKEA in Notsituationen ihre Parkplätze optimal nutzbar macht. Frage 2: *Findet eine sporadische Kontrolle von Quartierplanvorschriften und Auflagen in Baubewilligungen statt?* Die Einhaltung von Baubewilligungsaufgaben wird unmittelbar nach der Realisierung des Bauprojektes kontrolliert (Kanton ist Baubewilligungsbehörde und Bauaufsicht). Die Einhaltung der Quartierplanvorschriften wird bei bewilligungspflichtigen Änderungen und Erweiterungen von Bauprojekten jeweils intensiv von der Bauabteilung der Gemeinde geprüft. Polizeiliche Kontrolle der Quartierplanvorschriften findet in diesem Sinne nicht statt, dies gehört nicht zu den polizeilichen Aufgaben. Frage 3: *Falls sich der beschriebene Sachverhalt bestätigt, was unternimmt der Gemeinderat?* Der vorstehend geschilderte Sachverhalt kann wie folgt klargestellt werden: Es trifft zu, dass die IKEA in besonderen akuten Engpässen und massivstem Verkehrsaufkommen die Parkgarage des Bürogebäudes auch für das Einrichtungshaus nutzbar macht. Die IKEA reagiert dabei selbständig auf chaotische Verkehrsstaus auf der Salinenstrasse (Fahrzeuge stauen sich an besonderen Einkaufstagen bis zur Nationalstrasse). Dabei funktioniert auch der öffentliche Busverkehr nicht mehr und die Zufahrt zum ganzen Grüssenareal ist vollkommen überlastet. Dieser Zustand tritt jährlich ca. 5- bis 8-mal auf. Der Lotsendienst macht die Einstellhalle Bürogebäude dabei für wenige Stunden (nicht Tage) auch für die Kundschaft nutzbar und federt dabei sehr kurzfristig eine untragbare Spitzenlast des Verkehrs ab. Es trifft ebenfalls zu, dass die Einstellhalle des Einrichtungshauses grosszügige Parkplatzabmessungen aufweist. Der Betriebsleiter weist den Lotsendienst bei erfahrungsgemässen Spizentagen (ca. 10 bis 15 Tage pro Jahr) an, die Einweisung der Besucher so vorzunehmen, dass kein Verkehrschaos entsteht. Der Gemeinderat sieht sich einem Zielkonflikt gegenüber, der es relativ schwierig macht, auf der einen Seite das akute Problem anzugehen. Der Gemeinderat ist in der akuten Situation sowieso nicht involviert, aber die Verletzungen der ursprünglichen Quartierplanbestimmungen sind ernst zu nehmen. Es ist nicht befriedigend, wenn die Probleme langfristig auf die Art gelöst werden, dass Vorschriften aufgelockert werden. Es müssen andere Massnahmen greifen, die präventiv darauf hinwirken, dass ein solcher Verkehrsfluss nicht erst stattfindet. Es kann schon gar nicht sein, dass mit dem zusätzlichen Mehrangebot an Parkplätzen noch mehr Verkehr angezogen wird, als schon ist. Eine Knappheit muss also in dieser Situation bestehen bleiben und auch bewirtschaftet werden. Die erste präventive Massnahme ist die Verbesserung der öV-Anbindung des Verkehrsraumes Grüssen. Es ist bekannt, dass es früher einen Shuttle-Bus gab. Dieser war durch die kantonale Behörde konzessioniert, aber durch die angebliche Konkurrenzierung der Linie 80, wurde diese Konzession nicht mehr erteilt. Für die Gemeinde ist dies eine sehr unbefriedigende Situation und wir sind nun daran, einen Ortsbus aufzubauen und IKEA ist bereit, eine Mitfinanzierung zu leisten. Diese Verhandlungen laufen und der Einwohnerrat und die Öffentlichkeit werden zu gegebener Zeit informiert. Dies ist sicher die wichtigste Präventionsmassnahme. Eine weitere Massnahme wäre die Bewirtschaftung dieses Parkplatzes gewesen. Der Gemeinderat hat dies vorgeschlagen und der Einwohnerrat hat die Vorschläge abgelehnt bzw. eine Ausnahmebewilligung gemacht für diese Situation. Der Gemeinderat wird sich Gedanken machen, was diese Ablehnung für Konsequenzen auf die Situation hat, die ja gerade

damit vermieden werden sollte. Der Gemeinderat wird dies weiter beobachten und für den Gemeinderat ist klar, dass die Situation, so wie sie sich in den Sonderauslastungen gestaltet, nicht die Zukunftslösung sein kann. Wir wollen dies abstellen und wir werden mit IKEA in dieser Angelegenheit verhandeln. In der akuten Situation jedoch, muss man sagen, wenn sich die Autos bis auf die Autobahn zurückstauen, macht es wenig Sinn im Moment dies nicht zu beheben, weil die Umweltbelastung dadurch nicht kleiner wird. Dort muss man für diese Sondersituation eine gewisse Flexibilität zeigen, aber wir legen grossen Wert darauf, dass es nicht gehäuft vorkommen und nicht werbewirksam sein darf. Die Situation bleibt, das muss ich offen zugeben, nicht befriedigend und wir müssen in Verhandlungen einsteigen. Wir sind nicht unglücklich, wenn ein gewisser Druck da ist, der zukunftsweisende Lösungen fördert. Wir wären auch nicht unglücklich, wenn es dort unten eine Bewirtschaftung der Parkplätze gegeben hätte.

Der Rat stimmt der Diskussion stillschweigend zu.

**Stephan Ackermann:** Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und auch ich sehe den Konflikt zwischen fast Notrecht, das wir an den 5 – 8 Tagen im Jahr haben und eine solche Lösung naheliegend ist, wenn man schon ein leeres Parkhaus nebenan hat. Nur geht es nicht auf Dauer so und ich bin froh über die Worte, dass der Gemeinderat erkennt, dass er dranbleiben muss und Verhandlungen mit der IKEA aufnimmt. Ich habe das letzte Mal beim Parkplatzreglement bei der Bewirtschaftung versucht zu erklären, dass wir dort Möglichkeiten hätten, dies zu steuern, was aber keine Mehrheit fand. Wie wir das am besten lösen, dafür habe ich auch keine Lösung zur Hand. Trotzdem bin ich überzeugt, dass man in Gesprächen und Verhandlungen eine Lösung zur Zufriedenheit Aller finden kann. Wichtig ist, dass man auch von der IKEA verlangen kann und darf, dass Recht eingehalten wird und dass man sich auch nicht auf einen Ablasshandel einlässt. In diesem Sinn herzlichen Dank für die Beantwortung.

**Rolf Hohler:** Ich war gespannt auf die Antwort. Wir haben eigene Erfahrungen gemacht, wie die Situation dort unten ist. Ich glaube auch IKEA, dass es nicht jeden Tag so ist, seien wir ehrlich, es ist meist am Samstag und dann schafft Niemand im Bürohaus. Warum soll man es an diesem Tag nicht brauchen? Man redet immer vom Parkierungsreglement, das nun nicht so ist, wie es der Gemeinderat wollte. Grundaussage des Parkierungsreglementes ist, den Suchverkehr zu verhindern und dies macht IKEA, indem sie ihre Parkplätze frei gibt, wenn es wirklich so ist. Ich finde auch wichtig, dass der Gemeinderat das Gespräch sucht, und das es für beide Seiten eine tragende Lösung gibt. Man muss nicht auf dem Recht beharren, sondern eine Konfliktlösung suchen, die für beide Seiten eine tragende Möglichkeit findet. IKEA hat das Parkhaus ursprünglich grösser geplant, sie wussten schon, warum. Es gab Einsprachen von gewissen Seiten her; von der Sicherheit her wäre ein solch grosses Parkhaus kein Problem gewesen. Nun ist es so und wir sehen die Schattenseite und das gewisse Einsprachen nicht immer über Alles erhaben sind. Ich bitte den Gemeinderat, das Gespräch zu suchen und eine für alle Seiten gute Lösung zu finden, damit der Suchverkehr wekommt und wir dort unten für die Umwelt schauen können.

**Stephan Ackermann:** „Image von Pratteln“ ist heute Abend ein viel verwendetes Wort in verschiedenen Zusammenhängen. Ob es nun wirklich imagefördernd ist, mit dem Auto möglichst schnell in eines der Parkhäuser zu kommen, mag so im Raum stehen bleiben. Auf jeden Fall muss ich erwidern. Wir haben ein Recht, das einzuhalten ist und es geht beispielsweise auch um Umweltrecht und Luftreinhalte-massnahmen, was wir schon das letzte Mal diskutiert haben. Das nun einfach salopp abzutun und zu sagen: „Ja, die Leute kommen mit dem Auto und sollen parkieren und wenn es nicht reicht, bauen wir mehr Strassen und mehr Parkhäuser“. Dies ist der falsche Weg und wir müssen uns einsetzen und andere Lösungen suchen. Bei IKEA muss ich sagen, dass das mit dem Bürogebäude nicht sauber gelaufen ist. Als das Bürogebäude später kam, hat man immer gesagt „Das hat Nichts miteinander zu tun und diese Parkplätze werden nicht gebraucht, da gibt

es keinen funktionalen Zusammenhang“. Wir wissen, dass der funktionale Zusammenhang da ist und diese Parkplätze auch genutzt werden. Hätte man es damals als ein Paket angeschaut, wäre sogar nach unseren Parkierungsreglement IKEA verpflichtet worden, Parkraumbewirtschaftung zu betreiben und der Gemeinderat hätte noch einen zweiten Punkt mit Hand und Fuss und nicht nur die Verbesserung des öV.

**Kurt Lanz:** Natürlich war es eine Einsprache oder Beschwerde, die zur Parkplatzverringeringung geführt hat. Stellen wir uns vor, wie es wäre in einem Staat zu leben, in dem man keinen Einspruch machen kann und wenn man zwar Einspruch machen könnte und Recht hätte, aber in diesem Rechtsstaat kein Recht erhalten würde. Aus diesem Grund, muss ich sagen, es ist legitim, dass man Beschwerde macht, und diese Beschwerde wurde gutgeheissen, weil offensichtlich Recht verletzt wurde und ich bin froh, in einem solchen Staat zu leben.

**Stefan Löw:** Die Gedanken gehen dahin, dass anscheinend nicht sein kann, was wirklich ist. Man will die Augen vor der Wirklichkeit verschliessen, wie sie stattfindet und eventuell ein Chaos provozieren auf Grund von Tatsachen, auf die wir damals bei der Verabschiedung der Quartierpläne hingewiesen haben. Der Parkplatzbedarf war gegeben und nun zeigt sich, dass die Vorlage recht hatte. Ich glaube, wenn wir hierin ehrlich sind. Es gibt Ausnahmen und wir akzeptieren Ausnahmen in unserem Leben und sprechen diesen auch das Recht zu, sie zu erlauben, sei es bei den Kindern oder im Geschäft. Es gibt nirgends keine Ausnahmen, wenn ihr an einem solchen Ort arbeiten würdet, würdet ihr blitzartig künden und etwas Anderes suchen. Wichtig ist, dass die Ausnahme nicht die Regel wird, aber wenn es die Situation erfordert, beispielsweise zur Entlastung Anderer, bin ich der Meinung, dass man sie akzeptieren sollte. Dies ist die erste Beschwerde, die ich hierüber gehört habe. Ich denke, es ist kein Bedarf vorhanden, es nicht so zu machen, wie bisher.

**Patrick Weisskopf:** Mein Vorredner hat schon gesagt, dass diese Situation da ist und wir damit leben müssen. Auch ich gehöre zu denen, die regelmässig in der IKEA anzutreffen ist und wurde regelmässig von den Parkwächtern eingewiesen. Dies heisst, dass diese Situation sicher mehr als nur 8 Mal da ist und bereits die Regel darstellt. IKEA macht es im Prinzip vorbildlich, den Verkehr von der Strasse weg zu bringen und die Leute einzuweisen. Wir sollten uns aber weitere Gedanken machen. Was heisst es, wenn neue Zentren kommen und weiter ausgebaut werden? Was heisst es, wenn nun ein Ortsbus da ist? Ich würde mein Auto abstellen und es würde länger einen Parkplatz belegen und ich würde mit dem Ortsbus wo anders hin fahren. Wie viele Autos zirkulieren tatsächlich, wie gross ist der Bedarf und wie kriegt man diese Autos in Zukunft unter? Dann kommt man möglicherweise zum Entschluss, man müsse eine Art Park+Ride anbieten, wo die Autos angestellt werden, es braucht ein Parkleitsystem, damit die Leute schnell von der Strasse weg sind und diese nicht verstopfen und wirklich mit einem Bus in die entsprechenden Zentren kommen. Dies sind Gedanken, die ich bringe im Sinne eines Masterplanes, wo wir unsere Einkaufszentren hinentwickeln wollen und wie können wir die Leute auch ins Dorf bringen? Es gibt auch dort attraktive Läden, aber ich will nicht mit dem Auto herumfahren müssen. Wir haben es vorhin erfahren: Mit dem IKEA-Bus konkurrenzieren wir plötzlich einen konzessionierten Betrieb. Vielleicht ist dies gerade die Lösung, dass gerade im Parkticket unser Ortsbus schon enthalten ist. Die Leute wollen mobil sein und mit dem Auto irgendwohin kommen; sie wollen es möglichst bequem haben. Mit einem Brainstorming könnte man dies vielleicht in den Griff kriegen und über ein einzelnes Parkhaus und Unternehmen hinaus denken.

Die Interpellation ist beantwortet.

---

## Geschäft Nr. 2708

## Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend "Standardisierte und aussagekräftige Bau- und Sondervorlagen"

### Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend "Standardisierte und aussagekräftige Bau- und Sondervorlagen" vom 31. Januar 2011

**GR Rolf Wehrli:** Die Vorlagen an den Einwohnerrat sind schon seit langer Zeit einheitlich abgefasst und standardisiert. Sie umschreiben immer eine Ausgangslage, Erwägungen und einen Beschluss. Nach Ansicht des Gemeinderates sind diese sehr sorgfältig ausgearbeitet und aussagekräftig. Es wird Wert gelegt auf eine gute deutsche Sprache. Ebenfalls werden je nach Geschäft auch umfassende Grundlagen zum jeweiligen Thema und sogar Varianten ausgeführt (siehe beispielsweise Kunstrasenvorlage). Gemeinderat und Verwaltung sind bemüht, dem Einwohnerrat zielorientiert je nach Stand der Projekte und Sachgeschäfte nachvollziehbare und informationsstarke Vorlagen zu unterbreiten. Wenn es um zum Beispiel um einen Projektierungskredit geht, können logischerweise nicht bereits Ausführungsvorschläge unterbreitet, sondern allenfalls Projektideen präsentiert werden. In der Vorlage für den Projektierungskredit des Verwaltungsneubaus zum Beispiel sind ausnahmsweise schon viel weiterreichende Grundlagen vom Architekten vorgelegt worden, welche für die Einholung des Projektierungskredit üblicherweise nicht vorliegen. Der Gemeinderat hat es nicht unterlassen, den Einwohnerrat korrekterweise umfassend über den Stand der Planung mit eben bereits vorliegenden Projektvorschlägen zu orientieren. Zusätzlich hat der Gemeinderat ebenfalls zu einem sehr frühen Zeitpunkt mündliche Informationen bezüglich der Finanzierung der Baute ergänzt. Manchmal ist es eben auf ein Projekt bezogen, sinnvoll und richtig, obwohl für die Vorlage nicht notwendig, Zusatzinformationen und Überlegungen des Gemeinderates bereits dem Einwohnerrat mitzuteilen. Daraus zu schliessen, dass eine Vorlage nicht vollständig bzw. aussagekräftig wäre, teilt der Gemeinderat nicht. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Postulat „Standardisierte und aussagekräftige Bau- und Sondervorlagen“ nicht zu überweisen.

**Christian Schäublin:** Ich teile die Meinung des Gemeinderates nicht. Hauptauslöser dieses Postulates war die Vorlage Ende letztes Jahr zur neuen Gemeindeverwaltung. Wir haben damals gesehen, wie vollständig diese war. Zuerst ist eine Vorlage gekommen, und im nachhinein noch x andere Informationen. Wir sind der Meinung, die Folgekosten usw. hätten auch in die Vorlage gehört, wenn man schon ein Konzept gehabt hat. Du hast auch den Kunstrasen angedeutet; dort hat man so eine komische Tabelle hineinkopiert, die niemand lesen konnte, die die Folgekosten darstellen sollte. Von wegen einheitlich und aussagekräftig, dass man die Vorlagen jeweilen vergleichen kann, ist aus Sicht der SVP-Fraktion überhaupt nicht so, dass man einen Standard hätte. Das Postulat hat immer noch seine Berechtigung. Man kann immer Verbesserungen vornehmen und es macht es etwas einfacher für die Verwaltung. Die Vorlage ist relativ offen gehalten und man kann selber den Standard setzen. Aus diesem Grund ist die Vorlage immer noch richtig und vereinfacht die Arbeit für die Verwaltung und für den Einwohnerrat, eine Vorlage zu lesen und zu verstehen. Aus diesem Grund bitte ich um Überweisung der Vorlage.

**Kurt Lanz:** Was der Gemeinderat als „seit längerer Zeit“ anschaut, ist relativ. Wenn ich mich erinnere, wie lange ich schon im Einwohnerrat bin, dann ist „längere Zeit“ länger. Aber in jedem Fall muss ich GR Rolf Wehrli Recht geben. Die GPK hat vor nicht allzu langer Zeit (in meinem Zeithorizont) genau diese Frage gestellt und wollte von der Verwaltung tatsächlich wissen, ob nicht standardisierte Vorlagen existieren, weil auch die GPK vor längerer Zeit nicht so mit den Vorlagen zufrieden war. Wir haben tatsächlich festgestellt, dass standardisierte Vorlagen existieren, dass man sich auf der Verwaltung,

wenn immer möglich, auch daran hält. Dass es nicht immer möglich ist, sich daran zu halten, weil an einem Ort ein Entscheid über Kosten gefällt werden muss, am anderen Ort ein Entscheid über eine Strategie und die GPK hatte schlussendlich das Gefühl, dass die Gemeindeverwaltung mit ihren Vorlagen vernünftig umgeht. Weil schon solche standardisierte Vorlagen existieren und die GPK diese gesehen hat, empfehle ich, den Vorstoss nicht zu überweisen.

**Stephan Ackermann:** Mein Vorredner hat es bereits gesagt: Es gibt schon länger auf der Verwaltung standardisierte Vorlagen. Obwohl es diese Vorlagen gibt, ist jede Einwohnerratsvorlage etwas anders. Trotz dieser Vorlage hat es aus meiner Sicht grobe Schnitzer gegeben. Ich denke ans Feuerwehrmagazin und für mich auch die Bauverwaltung, die in meinem Zeithorizont noch nicht lange zurückliegt. Aus diesem Grund finden ich und die Fraktion dieses Postulat unterstützenswert. Man muss sich jedoch fragen, wenn der Gemeinderat der Meinung ist, unsere Vorlagen kommen tiptopp daher, wie viel Erfolg ein solches Postulat schlussendlich haben wird, aber man soll die Hoffnung nie aufgeben. Bei der Gemeindeverwaltung war für mich die Abklärung des Standortes offen und wie fundiert abgeklärt wurde, hat man erst im nachhinein erfahren. Dass es gar nicht abgeklärt wurde, sondern nicht in die Schablone des Gemeinderates gepasst hat. Ich finde das Postulat eine gute Sache und hoffe auf eine Mehrheit.

**Patrick Freund:** Ich kann Kurt Lanz in seinen Aussagen unterstützen. Wir haben dies in der GPK angeschaut. Es gibt wirklich Vorlagen, die sagen, welche Punkte zu beachten sind, um eine Vorlage für den Einwohnerrat zu erstellen. Es gibt Vorlagen, wie man Gesetzesvorlagen anfertigt, wie zu formulieren ist, wie beispielsweise Titel zu nummerieren sind, was eine Nummer hat und was nicht. Nachher wurde der Bekanntheitsgrad auf der Gemeindeverwaltung grösser. Für mich ist dies klar ein Thema, vom dem sich sagen lässt, ist die unterschiedliche Qualität nicht auch ein Vorteil? Wenn man sich vorstellt, dass eine Vorlage immer absolut gleich aussehen soll, haben wir vielfach Vorlagen, in denen nur Felder sind, in denen nichts steht. Die Projekte, die wir hierin besprechen, sind nicht standardisiert und jedes Mal anders und ich weiss nicht, wie ihr euch das vorstellt. So gesehen, reichen die Checklisten und Hinweise auf der Gemeinde aus. Ob nachher die Umsetzung effizient und gut ist oder ob man die unterschiedliche Qualität negativ betrachtet, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Die Bedürfnisse von uns sind ja auch unterschiedlich. Der eine versteht etwas, der andere nicht und hierin haben wir mindestens 40 verschiedenen Bedürfnisse ohne die Gemeinderäte und diesem gerecht zu werden, ist sicher nicht einfach und wird nie der Fall sein, egal wie wir es machen. Daher appelliere ich auch an die Vernunft und sage, wenn etwas wirklich nicht gut ist, tretet mit der GPK in Verbindung. Wenn wir es auch so empfinden, schauen wir es an; das haben wir in der Vergangenheit schon gemacht und werden uns die Freiheit nehmen, dies in Zukunft auch wieder zu machen. Auch eine zukünftige GPK wird sich diese Freiheit nehmen. Das andere ist, welche Informationen eine Vorlage enthalten muss. Das hängt damit zusammen, um was es geht. Ein Projektierungskredit muss sicher keine Kosten vom Bau enthalten, schliesslich geht es ja darum, die Projektierung zu machen und Kosten heraus zu finden. Ich finde es schwierig, dass man solche Sachen fordert. Dies gilt auch für das Feuerwehrmagazin. Was man damals noch alles wissen wollte, gehört nicht in eine Vorlage. Im Rat selber haben wir Vieles erfahren und für das ist der Rat da und für das ist auch der Gemeinderat da und nimmt sich Zeit und gibt kompetent Antwort. Sonst haben wir jedes Mal anstatt einem schon genug dicken Dossier ein drei Mal so dickes und können gar nichts mehr machen und bräuchten eine Lohnentschädigung von 20% für die Arbeit hierin, um jedes Detail schon im Voraus zu wissen und dann müsste aber auch der Gemeinderat nicht mehr kommen. Aus Sicht der Effizienz und auch aus pragmatischer Sicht, ist es richtig, wie es jetzt gemacht wird und es ist richtig, dass man Checklisten usw. für die Vorlagen hat. Wenn nun das eine oder andere Mal nicht jedes Mal das Bedürfnis vom jedem Einzelnen erfüllt werden kann, ist die normal. Wenn es die Mehrheit wäre, kann man auch zur GPK und ich bin überzeugt, egal welche Zusammenstellung die GPK hat, sie nehmen das gerne an sich, so dass

man wieder daraus lernen kann. Ich empfehle das Postulat zur Ablehnung und dafür Kontakt mit der GPK aufzunehmen.

**Kurt Lanz:** Patrick Freund hat schon relativ viel gesagt. Egal, ob noch mehr standardisiert wird als heute, hat wahrscheinlich die FDP eine andere Vorstellung, wie die Vorlage aussehen muss und die SVP sieht es noch mal anders. Die Grünen und Unabhängigen wollen es noch Mal anders und die von der SP sowieso. Wahrscheinlich können wir standardisieren und standardisieren und machen es nie Allen recht. Dass man sagt, wir wollen grundsätzlich mehr Informationen haben... Wir können immer noch mehr Informationen haben, schlussendlich bis auf den Rappen genau und dann stimmt es doch nicht und ich bin der Meinung, nachdem die GPK die Vorlagenhilfen gesehen hat, dass die bestehenden Hilfen ausreichen. Wenn man möchte, dass sich der Gemeinderat mehr an die Standards hält, die auf der Gemeindeverwaltung existieren, müsste der Rat heute den Gemeinderat auffordern, sich mehr an die Standards zu halten. Es sind ja alle Fraktion in der GPK vertreten, und seinerzeit hat man gefunden, die Standards sind gut genug. Allenfalls müsste man den Gemeinderat auffordern, die Standards besser einzuhalten, aber nicht dem Gemeinderat den Auftrag geben, Standards zu schaffen, die schon vorhanden sind.

**Präsenz:** Es sind neu 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19 Stimmen.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 15 Ja zu 20 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2708 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

---

## Fragestunde

### Frage

### "Bibliothek"

(Stephan Ackermann, Unabhängige Pratteln)

**GR Felix Knöpfel:** Frage 1: *Wie rechtfertigt der Gemeinderat die Differenz von 50% zwischen der Einwohnerratsvorlage 2656 und dem Schreiben der GGG vom 22. Februar 2011?* Die GGG Stadtbibliothek hat die Gebühren für die DVD-Spielfilm-Ausleihe auf den 1. Januar 2011 von Fr. 2.- auf Fr. 3.- erhöht. Alle Sach-, Lehr- und Fach-DVD kosten nach wie vor nichts. Es wurden lediglich die Gebühren für Spielfilme erhöht. Grund dafür sei die Zunahme der Ausleihen und der relativ rasche Verschleiss der elektronischen Datenträger, die schneller ersetzt werden müssen als Bücher. Die Gemeinde Pratteln wurde auf Nachfrage hin über diese Anpassung informiert. Frage 2: *Mit welchen Massnahmen wird der Gemeinderat diesen Fehler korrigieren?* In der Übergabevereinbarung wurde mit Punkt 6 festgehalten, dass die Benutzungsordnung der Stadtbibliothek auch für die Bibliothek Pratteln gilt. Die Höhe der Gebühren für die Nutzung von DVDs ist Bestandteil der Gebührenordnung der GGG Stadtbibliothek und somit in ihrer Hoheit. Frage 3: *Was für eine zusätzliche Gegenleistung bekommen Kunden für die ca. CHF 30'000.00 Einnahmen der Bibliothek durch den Verleih an DVD und Videos?* Wie unter Punkt 1 erwähnt, dienen die Mehreinnahmen dazu, die stark genutzten Medien schneller zu ersetzen.

Die Frage ist beantwortet.

---

---

**Geschäfte Nr. 2709, 2705 und 2672 nicht behandelt, Geschäft Nr. 2712 abtraktandiert.**

---

Die Sitzung wird um 22.30 Uhr beendet.

Pratteln, 6. April 2011

Für die Richtigkeit:

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident                      Das Einwohnerratssekretariat

Dieter Stohler                      Joachim Maass